

# BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

## Haushaltsrede 2009

Die Etatberatungen 2009 haben stattgefunden vor dem Hintergrund einer Zeitenwende in der Weltwirtschaft. Niemals seit dem 2. Weltkrieg war es auch annähernd so unklar, wohin die Reise geht. Hätte vor einem Jahr jemand hier prognostiziert, dass zwischenzeitlich unter einer CDU-Kanzlerin Teile von Banken verstaatlicht wurden und weitere Verstaatlichungen auch großer Unternehmen anvisiert sind, er hätte riskiert, postwendend durch zwei nette Menschen in Weiss abgeholt zu werden.

Der Zusammenbruch des Geldmarkts wurde im Herbst 2008 gerade noch verhindert. Aber ob den Auswirkungen der Politik des billigen Geldes wirklich auf Dauer mit einer Politik des noch billigeren Geldes begegnet werden kann, ist offen. Es gibt noch viele Unbekannte in den Bilanzen der Banken und der für unsere Wirtschaft so notwendige Geldverkehr der Banken untereinander ist immer noch nicht richtig in Gang gekommen. Die Realwirtschaft geht auf Talfahrt.

Die große Politik reagiert mit Rettungsschirmen aller Art und Konjunkturprogrammen in uns bisher unbekanntem, schwindelnden Höhen. Da gehen teilweise sinnvolle Massnahmen einher mit viel Abstrusem, z.B. dem Subventionsprogramm für Autoschieber und japanische Kleinwagenhersteller in Form der Abwrackprämie. Zusätzlich ein diffuses, überhaupt nicht zielgerichtetes Konglomerat an Kleingeschenken an die Wähler im Vorfeld der Bundestagswahl, dessen konjunkturelle Wirkung bezweifelt werden darf. Finanziert durch eine Verschuldungsorgie sondergleichen. Milliarden spielen keine Rolle mehr. Ausgaben werden nicht mehr genau geprüft. Es geht nur noch darum, wer mehr bietet. Frei nach dem Motto: „Wir versaufen unserem Enkel sein klein Häuschen“.

Stellt sich für uns die Frage: Was in dieser Lage tun als Kommunalpolitiker? Auf die ungewöhnliche Situation starren wie das Kaninchen auf die Schlange und einfach weiter machen wie bisher ist kein Rezept.

Vielmehr gilt es jetzt mehr als zuvor, **Zukunft** zu **gestalten**. Die Politik ausrichten auf einen **Zeithorizont von Jahrzehnten** und nicht von Jahren.

Im Denken und Handeln ansetzen an der Frage, wie es unseren Kindern und Enkeln gehen wird, mit dem was wir machen.

Dies gebietet starke Kurskorrekturen:

1. Wir müssen heute alle Kräfte bündeln auf Bildung, Betreuung und Integration. Und in Zeiten, in denen das Geld unsicher ist, wird das Humankapital noch wichtiger.
2. Wir müssen unsere Infrastruktur ausrichten auf zurückgehende Bevölkerungszahlen und eine alternde Gesellschaft
3. Wir müssen, um das Notwendige zu finanzieren, auf Unnötiges, aber auch vieles Wünschenswerte und Angenehme verzichten. Alles muss auf den Prüfstand ! Wir werden gezwungen werden, radikale Einschnitte vorzunehmen. Je früher wir dies tun, desto weniger hart wird der Aufschlag auf der Realität sein.

Nach den Reden von OB und Kämmerer steht **unser Tophema Bildung, Betreuung und Integration** auch ganz oben auf der Agenda der Stadt. Dies ist positiv. Noch stehen wir aber ganz am Anfang des Weges. Noch vor kurzem war sich der Rest des Rats einig, dass die bundesweite Vorgabe für die Zahl der **Krippenplätze** für Aalen nicht gelten könne, weil man ländlicher Raum sei. Also ganz und gar nicht oberzentral, wie sonst bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit gefordert wird. Hier bewegt sich nun langsam etwas.

Gleichermaßen auf der Tagesordnung stehen für uns aber die **Öffnungszeiten der Kindergärten** und zwar auch der Regelgruppen. Die dortige Mittagspause verhindert weitgehend sogar nur eine Teilzeitarbeit des überwiegend betreuenden Elternteils. Eine berufstätige Mutter braucht und will nicht gleich eine Ganztagesgruppe für ihr Kind, nur weil sie bis 13 Uhr arbeiten muss, manchmal sogar nur an einzelnen Tagen. Hier sind dringend flexiblere Lösungen angesagt.

Bei der **Ferienbetreuung** von Schülern haben wir dieses Jahr einen erfreulichen Schritt nach vorne getan. Dies allein wird aber den Bedarf noch nicht decken. 12 Wochen Schulferien müssen organisiert sein. Die **Hortbetreuung** steht auf der Agenda.

Schliesslich geht es darum, **Kindern aus bildungsferneren Schichten und mit Migrationshintergrund** zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten in gleichem Maße in Schulbildung und beruflichen Erfolg umzusetzen wie andere. Dies ist

Voraussetzung einer erfolgreichen Integration und kommt nicht zuletzt uns zu Gute. Nur, wenn es uns gelingt, die junge Generation in ihrer ganzen Breite mitzunehmen, haben wir eine Chance, die dramatischen Folgen der Überalterung unserer Gesellschaft wirtschaftlich noch einigermaßen durchzustehen.

Im Moment stellen wir fest, dass Kindergärten und Schulen im Niveau anziehen, aber dadurch die Gefahr besteht, dass Kinder aus benachteiligten Familien noch mehr abgehängt werden.

Deshalb müssen wir alles tun, die vorhandenen Ansätze in Kindergarten und Schule durch Sprachförderung, Präventionsklassen und sonstige Hilfen auszubauen. Je früher hier in der Entwicklung des Kindes gefördert wird, desto grösser die Chancen.

Dies hat zwangsläufig eine Änderung des **Stellenschlüssels** in den Kindergärten zur Folge. Im Jahr 2009 wollen wir hierfür in der Verwaltung vorhandene Stellen umwidmen, also im Rahmen des Gesamtetats Stellen in diesem Bereich zu Lasten anderer schaffen. In 2010 werden wir uns vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Betreuungsgipfels dann mit der Neuschaffung beschäftigen müssen.

Ferner gilt es, massiv in die **Elternarbeit** einzusteigen.

Nur wenn wir es schaffen, die Eltern frühzeitig auf unserem Weg mitzunehmen, kann Integration Erfolg haben. Die hierfür notwendige aufsuchende Elternarbeit, die spätestens vor dem Beginn des Regelkindergartenalters ansetzen muss, wird Geld kosten.

Der Betreuungsgipfel wird für uns zur Nagelprobe dafür werden, ob und wieviel sich wirklich bewegt. Hier muss Substanz kommen! Und keinesfalls darf er sich in der sogenannten U3-Betreuung erschöpfen, so wichtig diese auch ist.

Erfreulicherweise wurden vom Rat auf unseren Antrag Mittel für die Bezuschussung des **Mittagessens für bedürftige Kinder** aufgenommen. Wir wollen, dass zügig ein praktikables Konzept erarbeitet und umgesetzt wird. Deshalb appellieren wir an Sie, Herr Fehrenbacher, jetzt Druck dahinter zu setzen. Es ist eine Schande für ein wohlhabendes Land, in dem die Reichen immer noch reicher werden, dass Kindern aus Hartz-4-Familien gerade mal 2,76 Euro täglich für das Essen zur Verfügung stehen. Es darf nicht sein, dass Kinder z.B. beim gemeinsamen Menssaessen außen vor bleiben müssen, weil sie es sich nicht leisten können.

Das **Konjunkturprogramm** bietet im investiven Bereich die Chance, parallel zur Verbesserung des Bildungsangebots die ebenfalls dringend erforderliche Sanierung, Verbesserung und teilweise Erweiterung der **Schulen** zeitnah

anzupacken. Eine Alternative dazu gibt es ohnehin nicht, nachdem später die Zuschüsse wegfallen würden. Dies bedeutet aber kurzfristig 5 bis 7 Millionen zusätzliche Schulden. Wir müssen deshalb bei jeder einzelnen Maßnahme erst recht sehr genau hinschauen und sie auf die Notwendigkeiten überprüfen. Vor allem aber, uns in den Folgejahren drastisch einschränken.

Auch bei **Stadtplanung** und Finanzen müssen wir uns in den nächsten 20 bis 30 Jahren auf massiv zurückgehenden Bevölkerungszahlen einrichten. Die Entwicklung wird an Aalen sicher nicht vorbeigehen. Da hilft auch die gebetsmühlenhaft wiederholte Beschwörung nichts, dass es zumindest in naher Zukunft Schwäbisch Gmünd und Heidenheim noch härter treffen wird. Obwohl wir immer mehr Schulden machen, haben wir bei den Strassen schon jetzt einen **Unterhaltungsrückstand**, der an die Substanz geht und die Sanierung unter dem Strich verteuert.

Die städtischen Gebäude sind energetisch teilweise in einem lausigen Zustand. Anhand der Erlebniswelt Sitzungssaal am ersten Vormittag der Haushaltsberatungen wurde uns dies für das Rathaus eindrucksvoll vorgeführt. Schulen, öffentliche Gebäude und Hallen sind stark in die Jahre gekommen. Deshalb muß es das Ziel sein, den Kern unserer Infrastruktur fit zu machen und zu halten. Bei der Stadtplanung gilt es, sich auf den Bestand und Baulücken zu konzentrieren. Statt immer weiter neue Baugebiete mit noch mehr zu unterhaltenden Strassen und Versorgungsleitungen zu planen, wollen wir die Rahmenbedingungen für den Generationenwechsel in den vorhandenen Wohngebieten fördern.

Es ist kaum absehbar, wie allein die Offensive im Bereich Bildung und Betreuung und die Sanierung unserer Infrastruktur – schon ohne jedes neue größere Vorhaben - vernünftig realisiert werden soll, ohne die **Schuldenpolitik** der Vergangenheit noch drastisch zu verschärfen.

Bereits der erste von der Verwaltung eingebrachte Etatentwurf war ganz und gar kein solcher der Konsolidierung, wie er verkauft wurde. Über 8 Millionen Entnahme aus der Rücklage bis auf das gesetzliche Minimum, beim Grundstücksverkehr mehr Verkäufe als Käufe und mittelfristig ein weiterer Anstieg der Schulden sprechen eine andere Sprache. Auch noch in guten Zeiten haben wir mehr ausgegeben als eingenommen. Und jetzt, wo die Talfahrt beginnt, nützt auch die Kosmetik nichts mehr.

Die neuen Zahlen sind drastisch: Die Verschuldung steigt dieses Jahr netto um 7 Mio Euro, nach der mittelfristigen Finanzplanung in 2010 sogar um sage und schreibe rund 12 Mio Euro. Dabei enthalten Haushalt und Mifirif noch unrealistisch günstige Ansätze, wie voraussichtlich zu hohe Gewerbesteuererinnahmen und einen Rückgang der Personalkosten in den

nächsten 3 Jahren. Nicht berücksichtigt auch zukünftige Mindereinnahmen auf Grund der Steuererleichterungen.

**Fazit: Bereits jetzt muss für die Jahre ab 2010 die Notbremse gezogen werden!**

Zu Beginn des zweitägigen Haushaltsmarathons, als alles noch schön abstrakt war, sah es auch tatsächlich so aus. Von allen Seiten kamen die Schwüre, jetzt müsse aber richtig gespart werden. Wir haben uns natürlich über die neue und unerwartete Zustimmung zu unserer Linie gefreut und folgerichtig Einsparungsanträge gestellt und zwar solche, die auch Milch geben.

Der **Umbau des Bürgerbüros** wurde gestrichen, was 315.000.- Euro einspart. Platz für die Erweiterung ist mit den Räumen der Stadtkasse da. Man muss sich eben jetzt mit der vorhandenen Einrichtung arrangieren und das ist alles andere als ein Notstand.

Die **Erlebniswelt Eisen** wurde dann auch gekippt. Das war richtig. Nicht, weil sie nicht schön gewesen wäre, sondern weil wir sie uns nicht leisten können. Mindestens 2 Mio Euro, realistischerweise mit allem Drum und Dran am Schluss sicher deutlich mehr, hätten durch den Verzicht auf das Vorhaben mittelfristig eingespart werden können und – noch wichtiger – eine nicht unerhebliche Summe zusätzlicher laufender Kosten jedes Jahr.

Aber es kam anders. Schon nach einer Woche ist der Gemeinderat eingeknickt. Die CDU, die dies vorher noch vollmundig öffentlich als grossen Sparantrag angekündigt hatte, ist umgefallen und so feiert die Erlebniswelt nunmehr Wiederauferstehung.

Mit dem System der Schuldenmacherei ist es eben wie bei einem Drachen: Schlägt man ihm einen Kopf ab, wachsen zwei neue nach.

Und so wird die **Museumskonzeption** zerfasern. Statt Geld zu sparen, wofür sie ursprünglich angestossen wurde, gibt es jetzt mehr Museen für wesentlich mehr Geld. Wir wollten uns dagegen auf die Schwerpunkte, vor allem das Weltkulturerbe Limes, konzentrieren. Das Urweltmuseum hätte weiterhin geholfen, die Aalener Innenstadt attraktiv zu machen. Dort gehört es auch hin. Frei geworden wäre dann das Spion-Rathaus, was uns statt zusätzlicher Ausgaben jährlich ca. 70.000.- Euro zusätzliche laufende Einnahmen gebracht hätte, die uns gut getan hätten.

Die **Galerie** wäre im Rathaus geblieben und das Schloss Fachsenfeld hätte für anspruchsvolle Ausstellungen zusätzlich genutzt werden können.

Dass auch bei der CDU sehr schnell Schluß mit Sparen sein würde, hatte sich schon in den Haushaltsberatungen abgezeichnet. Mit dem Antrag, 300.000.-

Euro Planungsrate und damit in Konsequenz in den nächsten Jahren weitere Millionen für eine neue **Eishalle** zusätzlich auszugeben, läutete sie bereits frühzeitig die Rückkehr zum bisherigen Kurs ein und wollte sogar die SPD in Sachen Geldausgeben überflügeln.

Zur Klarstellung: Wir wollen Eislaufen in Aalen, aber im Moment kann und muss es bei der Anmietung einer mobilen Fläche mit überschaubaren Kosten bleiben, über die jährlich neu entschieden wird.

Abgelehnt wurde unser Antrag, die neue **Beleuchtung in der Fußgängerzone** zu streichen, Einsparvolumen 750.000.- Euro. Viel wichtiger wäre für ältere und gehbehinderte Menschen, die sich wegen des Pflasters in der Fußgängerzone teilweise kaum bewegen können, die weitaus günstigere Belagsausfugung gewesen, die wir vorziehen wollten.

Die **Neugestaltung der Stuttgarter Straße** zwischen dem Ellwanger Torplatz und dem Polizeirevier für 1,5 Mio Euro hätte in diesen schwierigen Zeiten geschoben werden können, ohne dass die Welt untergegangen wäre.

Der Gipfel der Verschwendung von Steuergeldern aber ist der Bau einer neuen **Kocherbrücke zur K 3311** bei der Alten Schmiede. Das Projekt stammt aus der Zeit, als die Stiewingstrasse geschlossen werden sollte und hat sich, obwohl inzwischen weitgehend funktionslos, zum Eigenläufer entwickelt. Wir bauen jetzt für viel Geld für die Firmen auf dem SHW-Gelände einen Anschluss für den Schwerverkehr über die Wilhelmstrasse und den dortigen neuen Kreisel. Danach soll für 1,5 Millionen ein zweiter Anschluss gebaut werden. Hierdurch verkürzt sich nur für die günstigste Fahrbeziehung und lediglich für 2 bis 3 Lkw pro Woche die Fahrstrecke und das um weniger als zwei Kilometer. Aber auch hier fehlt dem Gemeinderat der Mut, Nein zu sagen.

Auch um wesentlich geringere Beträge als die unnötigen 20.000.- Euro für die Aufstellung der **Unterkochener Viehtränke**, die sich sogar den Grimm des Ortsvorstehers zugezogen hat, muss anderweitig erst hart gekämpft werden: Ich erinnere an die 1.250.- Euro für die Unterstützung Demenzkranker, die mein Kollege Dr. Battran erst im zweiten Anlauf durchsetzen konnte.

Insgesamt haben wir mittelfristig Einsparungen von rund 6 Mio Euro beantragt, die überdies Folgekosten reduziert hätten. Das wäre die Minimalantwort auf die dramatische Haushaltssituation der nächsten Jahre gewesen.

Statt dessen belasten wir in unverantwortlicher Art und Weise unsere Kinder und Enkel, die auf Grund der Demographie zusätzlich auch noch weitaus höhere Soziallasten werden tragen müssen als wir, mit immer mehr Zinsen. Zu dieser Politik des „Nach uns die Sintflut“ sagen wir ein klares „Nein“ und werden den Haushalt 2009 und die mittelfristige Finanzplanung ablehnen.

Wir danken allen an der Erstellung des Haushalts Beteiligten, vor allem der Kämmerei.

Michael Fleischer  
( Es gilt das gesprochene Wort )